

Antrag der Fraktion der FDP**Asbest-Geschädigten unbürokratisch helfen**

Seit dem Wissen um die krankmachende Wirkung von Asbest und dem gesetzlichen Schutz am Arbeitsplatz, kommen die Folgen der jahrelangen Sorglosigkeit nach und nach zum Vorschein. Insbesondere die ehemaligen Werftarbeiter in Bremen und Bremerhaven sind überdurchschnittlich betroffen.

Für die Geschädigten hat die Anerkennung ihrer asbestbedingten Krankheiten nicht nur finanzielle Auswirkungen, sie bedeutet auch die Anerkennung beruflich eingegangener Risiken und nicht zuletzt eine möglicherweise helfende Gewissheit bezüglich der Ursachen des Leidens.

Geschädigte können in Bremen auf Unterstützung bei der Anerkennung zählen. Die ehrenamtlich betriebene „Beratungsstelle für Berufskrankheitenangelegenheiten ehemaliger Vulkanesen und anderer“ genießt einen guten Ruf. Die Krankenkassen nehmen sich laut Selbstauskunft ebenfalls der Aufgabe an, Geschädigte zu beraten und zu unterstützen.

Aus den bisherigen Anerkennungsverfahren kann jedoch der Schluss gezogen werden, dass Verbesserungsbedarf besteht. So sind die Verfahren zu lang und zu bürokratisch. Oftmals fehlen verbindliche Kriterien oder klärende Unterlagen fehlen. Das Land Bremen sollte deshalb im Rahmen seiner Möglichkeiten und nach herrschenden rechtlichen Maßstäben die Verfahren evaluieren und verbessern.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird gebeten,

1. sich für die Aufrechterhaltung der Angebote der „Beratungsstelle für Berufskrankheitenangelegenheiten ehemaliger Vulkanesen und anderer“ einzusetzen und diese und weitere Angebote für Asbest-Geschädigte zu unterstützen und zu bewerben.
2. sich dafür einzusetzen, dass die Verfahrenspraxis für Anerkennungen fachlich und rechtlich evaluiert und verbessert wird, um unbürokratische, schnellere und fachlich korrekte Anerkennungserfahren zu erreichen.
3. sich im Rahmen seiner Verantwortung für eine ärztliche Begutachtung nach fachlichen und einheitlichen Kriterien einzusetzen.

Dr. Oliver Möllenstädt,
Dr. Magnus Buhlert und Fraktion der FDP